

Eine Welt-Politik in Bayern. Position der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Bayerischen Landtag

Christine Kamm



Die weltweit dramatisch gestiegenen Flüchtlingszahlen machen deutlich: Wir müssen wesentlich mehr gegen Krieg, Fluchtursachen, Vertreibung, Heimatverlust, Diktaturen, Menschenrechtsverbrechen und den Klimawandel tun als bisher. Wir haben viel zu lange die jetzt schon stattfindenden Auswirkungen des Klimawandels vernachlässigt und die damit einhergehenden Probleme für die Bevölkerung (vor allem der Landbevölkerung) ignoriert. Es ist abzusehen, dass die Probleme durch Überschwemmungen und Wüstenbildung zunehmen werden, die dann wiederum oftmals Auslöser für Radikalisierung und gewalttätige Konflikte sind. Wir müssen dringend unseren Lebensstil so ändern, dass er endlich nicht mehr zu Klimaerwärmung und einer Vergrößerung der Umweltprobleme führt.

Die Zahl derjenigen, die ihre Heimat verlassen müssen, steigt weiter

Aus den Kriegs- und Krisengebieten, insbesondere denen an Europas Grenzen kommen immer mehr Flüchtlinge – die eigentlich in ihrer Heimat bleiben wollen – zu uns, auch wenn die allermeisten Flüchtlinge in den Nach-

barländern und auch im eigenen Land Schutz suchen. 70 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, viele davon sind Klimaflüchtlinge!

Fluchtursachen bekämpfen

Wir müssen die betroffenen Länder, und auch die Nachbarländer stabilisieren und ihnen Hilfe leisten. So muss beispielsweise gewährleistet sein, dass das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen ausreicht und nicht sogar noch wie vor kurzem im Libanon Nahrungsmittelrationen in den Flüchtlingslagern gekürzt werden müssen.

Waffenexporte nach Saudi-Arabien, Kooperationen mit Diktaturen, die unzählige Menschenleben auf dem Gewissen haben, oder machtpolitisches Zündeln fremder Mächte schüren Kriege weiter an. Die Grenzzäune Europas stürzen immer mehr Menschen in Not, es gilt jetzt, den Schutzsuchenden zu helfen, wo immer nötig. Grenzen lösen keine Probleme, sondern schaffen welche.

Unser Lebensstil, unser Verbrauch von Öl und Gas, unser Fleischkonsum und unsere Landwirtschaftspolitik sind nicht zukunftstauglich. Was machen wir in Bayern, um unseren Lebensstil so zu verändern, dass er sich nicht nachteilig auf andere auswirkt, unsere Beanspruchung von Böden in Drittländern für unseren hohen Fleischverbrauch sinkt und unser Lebensstil klimaverträglich wird?

Einiges, aber nichts systematisch. Beim Energiesparen wird mehr geredet als gehandelt. Der Einsatz der Erneuerbaren könnte weitaus höher sein, wenn man sie nicht abwürgen würde, denn seit der Verabschiedung der 10H-Regelung wird in Bayern kein einziges Windrad neu projektiert. Auch der Ausstieg aus Atom und Braunkohle wäre wesentlich schneller möglich. Den fairen Handel gilt es voranzutreiben, nicht den freien Handel. TTIP läuft wie viele Handelsabkommen zuvor in die grundlegend falsche Richtung, denn anstatt mit fair gehandelten Produkten wird man im Bayerischen Landtag an langen Sitzungsabenden mit einem garantiert nicht footprint-verträglichen „fränkischen Büffet“ versorgt, das Salatbüffet wird vorher weggeräumt.

In unserer Partnerschaftspolitik orientieren wir uns an prosperierenden Regionen. Wir lassen uns zu wenig von den Notwendigkeiten der Konflikt- und Krisenprävention leiten. Und welche Politik verfolgt die bayerische

Staatsregierung bei ihren häufigen Besuchen in Saudi-Arabien? Stoppen wir endlich die Rüstungsexporte in dieses Land! Und bemühen wir uns, die Türkei näher an Europas Werte und Demokratie zu führen, weg von Pressezensur, Unterdrückung der freien Meinungsäußerung, und gegen gefährliche Machtpolitik mit dem Kampf gegen Teile der eigenen Bevölkerung und der Kurden des Nachbarlandes.

Entwicklungszusammenarbeit verbessern

In diesem Jahr finden drei Großereignisse der Vereinten Nationen statt:

1. die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung im Juli 2015 in Addis Abeba;
2. der UN-Gipfel im September 2015 in New York zur neuen Post-2015-Agenda mit universellen Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals - SDGs); und
3. der Klimagipfel in Paris im Dezember zur Verabschiedung des Kyoto-Nachfolgeabkommens.

An der Zahl der Konferenzen mangelt es nicht, aber wir brauchen Erfolge. Leider blieb in Addis Abeba die Frage unbeantwortet, wie die Entwicklungsländer effektiv gegen Steuerflucht und Steuervermeidung vorgehen sollen. Dabei sind die Kapitalabflüsse aus Entwicklungsländern ins Ausland doppelt so hoch wie die Investitionen; unter anderem durch illegale Gewinntransfers von Unternehmen. Auch fehlen Vereinbarungen zu verbindlichen Standards – etwa die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten. Wir brauchen einen Zeitplan, bis wann das angestrebte Ziel von 0.7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, umzusetzen ist. Hoffen wir auf mehr Erfolge des UN-Gipfels im September und die Klimakonferenz im Dezember. Diese werden jedoch nur dann eintreten, wenn wichtige gesellschaftliche Gruppen diese auch schon vorher lautstark einfordern.

Erfolge in der Entwicklungspolitik bedeuten ein grundsätzliches politisches Umsteuern. Entwicklungszusammenarbeit darf zudem nicht getrennt von anderen Politikfeldern gesehen werden und darf nicht im Widerspruch dazu stehen oder sich diesen unterordnen.

PromotorInnenprogramm ausbauen

Um wichtige Ziele voranzubringen, und die ehrenamtliche Arbeit der unterschiedlichsten und vielfältigen Gruppierungen zu vernetzen, soll sich Bayern deutlich stärker als bisher am bundesweiten „PromotorInnenprogramm zur Förderung der Eine Welt-Arbeit“ beteiligen. Neben der Förderung des bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements auf lokaler Ebene sind in Bayern insbesondere Fairer Handel, Globales Lernen, nachhaltige Beschaffung und Partnerschaftsarbeit zu unterstützen.

Zudem muss sich der Freistaat mehr um Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit kümmern. Im Rahmen des „Globalen Lernens“ soll der Freistaat Bayern verstärkt mit den in diesem Bereich tätigen Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten und deren inländische Projektarbeit sowie insbesondere die in diesem Kontext sinnvolle Vernetzung der Eine Welt-Arbeit in Bayern durch das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. über den bisherigen Umfang hinaus unterstützen.

Die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit ist zu stärken. Die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Innovation ist ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung. Der Freistaat Bayern verstärkt daher den Prozess zur Internationalisierung seiner Hochschulen, indem er fremdsprachige Studiengänge fördert, Stipendien vergibt und Hochschul- und Wissenschaftskooperationen mit dem Ausland unterstützt. Die auf bestimmte Regionen spezialisierten Hochschulzentren übernehmen hierbei teilweise eine Brückenfunktionen und sind darin zu stärken. Insbesondere zur Verbesserung der Situation in den EU-Beitrittsländern auf dem Balkan soll Bayern hier tätig werden, und auch Arbeitsmigration in die Bundesrepublik erleichtern.

Kommunale Partnerschaften sowie NGO-Partnerschaften und Schulpartnerschaften sind wichtige Bestandteile der bayerischen Eine Welt-Politik. Eine Welt-Politik erfolgt subsidiär und komplementär zu den Eigenanstrengungen der Regierungen und Menschen in den Partnerländern sowie zu den zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Aktivitäten in Bayern. Ein guter Ansatzpunkt für den Aufbau von Partnerschaften sind die Anlaufstellen in den bayerischen Partnerregionen. Sehr erfolgversprechend sind Kooperationen zwischen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit und bayerischen Unternehmen in den Partnerregionen. Die Zusammenarbeit von Bayern in globaler Verantwortung bedeutet auch globale Verantwortung der bayerischen, international agierenden Unternehmen. Das sind häufig weltweit tä-

tige Unternehmen, die die Lebensbedingungen vieler Menschen, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern, beeinflussen. In der heutigen Situation erscheint es aber dringlich, neue Partnerschaften mit bestimmten Regionen zu schließen, um diese zu stabilisieren, und Krisen- und Konfliktprävention zu betreiben.

Fairer Handel

Beim Fairen Handel soll die öffentliche Hand vorbildhaft sein. Wo immer möglich, sollen fair gehandelte Produkte beschafft werden, als sichtbares Zeichen hierfür und auch als Werbebotschafter sind fair gehandelte Produkte bei allen Veranstaltungen oder in Gaststätten und Kantinen der öffentlichen Verwaltung zu verwenden. Der Freistaat Bayern wirkt weiter intensiv darauf hin, dass in Schulen Bälle aus Fairem Handel genutzt werden. Die Verköstigung an Schulen und Verwaltungskantinen in Bayern soll bio-regional-fair erfolgen. Im Bereich der gesamten öffentlichen Beschaffung sind soziale und ökologische Kriterien zu Grunde zu legen.

Rüstungsexporte begrenzen – Bayern hat besondere Verantwortung

Zu einer verantwortungsbewussten Politik gehört auch der kritische Umgang mit der bayerischen Rüstungsproduktion und mit Rüstungsexporten. Bayern ist der größte Waffenexporteur Deutschlands. Deutschland gehört zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt. Gerade darum machen wir deutlich: Mit Unterdrückung und Krieg in anderen Teilen der Welt sollte Bayern keine Geschäfte machen. Als stärkstes waffenexportierendes Bundesland hat Bayern eine besondere Verantwortung. Sechs der zehn größten deutschen Rüstungsunternehmen sind im Freistaat ansässig. Zusammen machen die bayerischen Rüstungsunternehmen einen jährlichen Umsatz von fast 15 Milliarden Euro. Damit kommt Bayern bei der Eindämmung deutscher Rüstungsexporte eine besondere Rolle zu. Wir setzen uns deshalb sowohl im Land als auch auf Bundes- und europäischer Ebene für den Umstieg dieser Industrien auf zivile Fertigung ein. Die Forschungseinrichtungen, Universitäten und Hochschulen unseres Landes sollen ausschließlich friedliche Zwecke verfolgen. Um dies deutlich zu machen, befürworten wir die Einführung von Zivilklauseln in den Satzungen aller solcher Einrichtungen. Außerdem fordern wir strengere deutsche und europäische Regeln sowie europäisch koordinierte Vorab-Kontrollen für die Ausfuhr von sensiblen Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, insbesonde-

re für Überwachungstechnologie. Immer wieder wird bekannt, dass AktivistInnen und Oppositionelle in autoritären Staaten wie Bahrain, Syrien oder Iran mithilfe deutscher Spyware geortet, verfolgt und in der Folge festgenommen oder gefoltert werden. Der Export dieser Überwachungstechnologie muss nur angemeldet, nicht genehmigt werden.

Gemeinsame Orientierung durch entwicklungspolitische Leitsätze

Es ist gut, dass der Landtag jetzt entwicklungspolitische Leitsätze beschliessen möchte, die der bayerischen Entwicklungspolitik einen Orientierungs- und Werterahmen geben sollen. Für nachhaltige Entwicklung, verstärkten Klimaschutz und die wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen muss auch Bayern seinen Beitrag leisten, gemeinsam mit Politik, Verwaltung, Kommunen, Schulen, Wirtschaft, Wissenschaft und den im Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. zusammengeschlossenen kirchlichen und nichtkirchlichen Eine Welt-Akteuren. Die gemeinsame Arbeit soll sich an folgenden Prinzipien orientieren: Nachhaltigkeit, Transparenz, Hilfe zur Selbsthilfe, Subsidiarität und Kohärenz.